[](https://www.kla.tv/1719)

Die Pleiten gehen weiter

**… Griechenland ist pleite und ist wiederum zahlungsunfähig, obwohl es 237 Milliarden Euro EU-Zusagen und bereits 210 Milliarden Euro Zahlungen ...**

… Griechenland ist pleite und ist wiederum zahlungsunfähig, obwohl es 237 Milliarden Euro  
EU-Zusagen und bereits 210 Milliarden Euro Zahlungen – davon 50 Milliarden Euro von Deutschland  
– bekommen hat. Diese Zahlungen sind aber erklärterweise nicht den Griechen zugutegekommen,  
sondern den französischen und amerikanischen Gläubigerbanken für ausstehende Zinsforderungen weitergereicht worden, damit ausbleibende Zinsen nicht die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands dokumentieren und den Schuldenschnitt erzwingen. Den Griechen ist also bisher nicht geholfen worden, sondern den Banken, die Griechenland in die Schulden getrieben haben.

**von -**

**Quellen:**

Auszug aus Originalartikel von Prof. Dr. Eberhard Hamer

**Das könnte Sie auch interessieren:**

---

[](https://www.kla.tv)**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!  
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz: C:\Users\W\Downloads\ccby_transparent.png Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.